



Ausgabe III / 2017

Nationalismus löst keine, er schafft Probleme!

Dieser Text wurde am Abend der deutschen Bundestagswahlen und einen Tag nach dem fulminanten Wahlauftritt der neuen ÖVP verfasst. Beide Ereignisse waren durchaus paradigmatisch für eine politische Entwicklung, die man in Europa schon seit längerer Zeit beobachten kann. Diese Entwicklung ist einmal charakterisiert von einem weitverbreiteten Unbehagen der Wählerinnen und Wähler der herkömmlichen Politik gegenüber. Bis vor kurzem noch große und traditionsreiche Volksparteien sehen sich plötzlich mit neuen weitgehend populistischen Gruppierungen und Bewegungen konfrontiert. Und hier wird es spannend: Denn diese neuen Akteure kann man absolut nicht in einen Topf werfen. Zum einen haben Parteien und Politiker, welche bis vor wenigen Wochen/Monaten noch Teil des politischen Establishments gewesen sind, mit ihren Traditionen (teilweise auch mit ihren Werten) gebrochen und sind zu „Bewegungen“ mutiert. Sie besetzen weiterhin die politische Mitte (Macron, Kurz) und ihre Programme sind weder besonders originell noch neu, sie bedienen sich weitgehend aus dem hinlänglich bekannten neoliberalen Fundus. Was

sie charakterisiert ist eine völlig neue Taktik und Verkaufsstrategie, die deutliche Anleihen an US-amerikanischen Kampagnen nimmt. Bei der ÖVP-Auftaktveranstaltung hat man sich zeitweise an US-amerikanische Primaries erinnert gefühlt, nicht zuletzt was den Starrummel anbelangt. Inwieweit diese Mutation von traditionellen Volksparteien hin zu „Bewegungen“ eine langfristige Veränderung bedeutet oder lediglich ein gewisser zeitgeistiger Etikettenschwindel ist, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen. Dann gibt es aber noch die rechten Populisten a la Front National, FPÖ und AfD. Bei diesen handelt es sich zum einen um traditionelle Rechtsparteien, welche sich allmählich anschicken, nach Regierungsämtern zu greifen, zum anderen aber um neue populistische Bewegungen, wie die AfD, welche erst seit kurzem bestehen und frustrierte und verängstigte VerliererInnen von rechts und links sammeln. Diese alten und neuen Rechten mischen nun das politische System in Europa auf. Da manche der alten Volksparteien weiterhin an Zuspruch verlieren werden, die neuen Bewegungen sich aber erst beweisen müssen (die ersten Rückschläge Macrons

lassen hier bereits gewisse Zweifel aufkommen), ist durchaus zu befürchten, dass es mit den Nationalisten durchaus noch eine gewisse Zeit weiter aufwärts gehen kann. Die Zeichen stehen also auf Sturm.

Für letztere Befürchtung gibt es durchaus Indizien: die erste Reaktion des CSU-Chefs Seehofer (dessen Partei das schlechteste Bundestagswahlergebnis seit 1949 hinnehmen musste), wonach man nun eine (noch) kantigere Politik machen werde, kann nur als Drohung, vor allem auch an Angelika Merkel, aufgefasst werden. Ob sein österreichischer Stammgast, der inzwischen seine eigene „Bewegung“ gegründet hat und den Posten des richtungsweisenden Bundeskanzlers anstrebt, diesem Druck von rechts ebenfalls nachgibt, wird sich ja bald bei möglichen Regierungsverhandlungen in Österreich zeigen. Allzu viel Spielraum bleibt jedoch kaum mehr, da die neue ÖVP in den letzten Monaten ja ohnedies bereits viele FPÖ-Positionen übernommen hat. Die europäische Rechte bekommt jedoch nicht nur aus dem Westen sondern auch aus dem Osten massive Unterstützung. Die Orbans und Kaczyńskis stehen den neuen „Bewegungen“ zweifellos näher als den traditionellen bürgerlichen Zentrumsparteien. Insofern ist es auch für die weitere österreichische Europapolitik nicht unerheblich, ob Sebastian Kurz im Falle eines Wahlerfolges tatsächlich die angekündigte Annäherung Österreichs an die Visegrád-Staaten in Angriff nehmen wird.

Österreich als Exerzierfeld der neuen „Nationalisten“

Wie erwähnt, lassen die bisherigen Ankündigungen der neuen und der bereits älteren Bewegung nichts Gutes erahnen. Dabei gibt es ein recht interessantes Phänomen: während die FPÖ mit ihrem europakritischen und ausländerfeindlichen Populismus berechenbar ist, verbirgt sich die neue ÖVP hinter höchst allgemeinen außen- und europapolitischen Phrasen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die beiden Beiträge der Brüder Brocza verweisen, welche sich – in Fortsetzung ihrer Analysen der außenpolitischen Konzepte der (bisherigen) Oppositionsparteien im letzten Heft nun mit den beiden (noch) Regierungsparteien befassen. Wenngleich dabei auch die SPÖ nicht besonders gut wegkommt, so fällt das Urteil über die neue ÖVP eindeutig aus: Es droht Gefahr und zwar ganz eindeutig von rechts. Aus den bislang bekanntgewordenen vagen Andeutungen von Sebastian Kurz (bis heute, 24.9. liegt ja kein außen- und europapolitisches Wahlprogramm der neuen ÖVP vor!) ist jedenfalls anzunehmen, dass er seine „erfolgreiche“ Außen- und Europapolitik forsetzen, ja sogar noch verschärfen wird. Wer dies für eine polemische und einseitige Unterstellung hält, dem rate ich, sich die Rede des neuen „Führers“ der ÖVP vom Wahlauftaktrummel anzuhören. Der „Balkanroutenheld“ wird also die ohnedies bereits rigide Migrations- und Flüchtlingspolitik verschärfen und sich europaweit eher mit Seehofer, Orban und Konsorten als mit Merkel verbünden. Um nicht aber von Anbeginn an ins rechte Eck abgeschoben zu werden, vermeidet es die neue ÖVP gleich, detailliert Konzepte vorzulegen. Mit „Richtlinienkompetenz“ ausgestattet (diese Auseinandersetzung in der neuen Regierung, wie immer sie auch aussehen mag, wird jedenfalls spannend; bezeichnend ist auch, dass dieser Vorschlag, von Bundeskanzler Kern vor einigen Monaten unterbreitet, von der ÖVP empört zurückgewiesen worden

ist) wird dann einfach angeordnet, so wie es in den neuen ÖVP ja bereits vorexerziert worden ist.

Dass Österreich im Falle der Bildung einer Rechtsregierung den letzten Rest von internationalem Ansehen zu verlieren droht, ist dann leider ein Kollateralschaden, der durch einen neuen subsidiären Österreich-Nationalismus überwunden werden soll.

Die Welt ist schon in Unordnung genug: Europa ist gefordert!

Eigentlich sollte man angesichts der höchst bedrohlichen internationalen Situation annehmen, dass man genug von opportunistischen Experimenten hat. Vor kurzem wurde der staunenden Welt wieder einmal vor Augen geführt, wohin eine gewisse Art von Angst verbreitende und banale Patentlösungen anbietende Politik führt. Die Rede des US-amerikanischen Präsidenten vor der UN-Generalversammlung hat die versammelte Welt in Staunen und Empörung versetzt, von den üblichen Verdächtigen abgesehen, hat es aber nur eine Vertreterin eines westlichen Staates gewagt, diesem gefährlichen „America First“ Abenteuerum der neuen US-Administration entgegenzutreten: die Außenministerin Schwedens. Kein anderer europäischer Politiker, der dort das Wort ergriffen hat, hatte den Mut, Donald Trump das zu sagen, was sich sicherlich fast alle gedacht haben. Natürlich ist es nicht einfach, den mächtigsten Mann der Welt mit der Absurdität und Gefährlichkeit der meisten seiner Vorstellungen zu konfrontieren. Es wird dies der Welt, zumindest dem demokratischen und freiheitsliebenden Teil derselben, aber nicht erspart bleiben. Denn manche seiner Idee (Abbau demokratischer Rechte zugunsten eines populistischen Führerstaates, Überhandnehmen des nationalen Egoismus u.ä.) könnten sehr wohl da und dort Nachahmer finden. Es läge meines Erachtens in erster Linie an Europa, hier klare Grenzen aufzuzeigen. Nicht zuletzt auch in der Sicherheitspolitik, denn eines wird immer klarer: Die Sicherheit Europas kann nicht den USA (und der NATO) überlassen werden. Es ist höchst an der Zeit, endlich eine eigene europäische Sicherheitspolitik zu konzipieren und zu realisieren. Dazu gibt es in diesem Heft drei Beiträge, auf die ich besonders hinweisen möchte: Jürgen Rose „Friedensmacht Europa – eine Alternative zu „obsoleten“ NATO?“, Herbert Strunz „Internationale Wirtschaft – European Defense Promotion“ und Thomas Roithner/Pete Hämmerle „Zivilgesellschaft und Friedenspolitik“.

Die nähere und fernere Zukunft wird also genügend Herausforderungen und Gefahren mit sich bringen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Allen alten und neuen Nationalisten zum Trotz wird man sich aber daran gewöhnen müssen, dass die meisten Probleme einfach nur durch internationale Zusammenarbeit und nicht durch nationalistische Mobilisierung gelöst werden können. 🌐

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at